



Norddeutsche Friedensbewegung

„Offensive für Frieden und soziale Gerechtigkeit – jetzt!“

75 Jahre NATO, 75 Jahre Grundgesetz – und heute? Frieden schaffen statt „kriegstüchtig“ werden!

Friedenskonferenz in Hannover am 21. April 2024: Rückblick und Ausblick

Unsere dritte Friedenskonferenz fand in bewegten Zeiten statt. Millionen Menschen gingen auf die Straße gegen Rassismus und Faschismus und die AfD, für mehr Demokratie. Auch Friedensfreund:innen waren dabei. Zigtausende Beschäftigte streikten für mehr Wertschätzung ihrer Arbeit und höhere Löhne, gegen die enorm gestiegenen Lebenshaltungskosten wegen der Sanktions- und Inflationspolitik.

Gegen den Völkermord in Gaza demonstrieren massenhaft und weltweit Menschen, auch hier ist die Norddeutsche Friedensbewegung aktiv. Die Proteste gegen die Kriegspolitik sind bundesweit trotz Denunziation und Repression gewachsen, wie die Ostermärsche gezeigt haben. Das ist auch notwendig, denn die Politik der US-geführten NATO steuert auf eine größere Konfrontation mit Russland hin, was zu einem auch atomaren Krieg werden könnte. Die BRD wäre die militärische Drehscheibe. All dies ist mit dem antifaschistischen Friedensauftrag des Grundgesetzes nicht vereinbar!

Die Bundesregierung hat außenpolitisch einen Kurs eingeschlagen, der weitgehend mit der geopolitischen Interessenlage der USA im Einklang steht und sie von den Kräften isoliert, die sich für Frieden und eine multipolare Weltordnung einsetzen. Gleichzeitig arbeitet sie an einer eigenen Führungsrolle. Sie ersetzt zunehmend Strategien globaler Kooperation durch die Propagierung von Feindbildern, Wirtschaftssanktionen und militärischen Interventionen. Durch die massive Aufrüstung wird ein weltpolitisches Klima geschaffen, das auch Übereinkünfte für den Schutz der Umwelt und der Menschen schwieriger macht. Mit profitträchtigen Waffenexporten, auch in Kriegs- und Krisengebiete (Ukraine, Israel, Saudi-Arabien,...), werden Konflikte weiter angeheizt statt gelöst. Wir nehmen die Militarisierung der Gesellschaft und eine „Nationale Sicherheitsstrategie“, die Menschen noch mehr in Gefahr bringt, nicht hin. Statt von Kriegstüchtigkeit zu reden, sollte die deutsche Politik sich um Frieden bemühen. Diese Forderungen spiegelten sich in unserer Konferenz wieder.

Wir sagen: Kein Krieg mit Russland! Gemeinsame Sicherheit in Europa! Wir fordern Abrüstung und Entspannungspolitik auf der Basis von Kooperation und ziviler Konfliktlösung im Einklang mit der UN-Charta und dem Grundgesetz.

Mit zwei Vorträgen und Diskussion im Plenum sowie zwei Gesprächsrunden zu den Häfen und den Militärstandorten sowie Rüstungsbetrieben in Norddeutschland haben wir intensiv die militärische Bedeutung dieser Orte und die Perspektiven und Schwierigkeiten der Friedensbewegung erörtert.



Gerhard Schäfer stieg mit einem profunden Ritt durch die Geschichte ein:

Die historisch-politische Bedeutung des Grundgesetzes (GG) wird nur verständlich, wenn wir uns vergegenwärtigen, dass die Stimmung der Bevölkerung in den Westzonen bei der Verabschiedung deutlich links vom Normengefüge der Verfassung stand. Heute haben sich die Macht- und Herrschaftsverhältnisse in der Bundesrepublik deutlich rechts von der Verfassung positioniert. Der damalige Klassenkräftekompromiss (SPD, KPD, linker Flügel der CDU/CSU – Mehrheit der CDU/CSU, FDP, DP) spiegelt sich in dem dreifachen Konsens wider, der das GG durchzieht:

Antifaschismus – Demokratisierung – Friedensgebot und als historischer wie aktueller moralisch-politischer Kompass dienen kann. Diese Traditionslinie befindet sich in voller Übereinstimmung mit dem Völkerrecht: vom Potsdamer Abkommen bis zur Charta der Vereinten Nationen.

Die Gründung der NATO 1949 mit 12 Staaten unter Führung der USA ist ein Produkt des Kalten Krieges und steht im Zeichen des US-Atombombenmonopols nach Hiroshima und Nagasaki. Das politische Spannungsverhältnis zwischen den Normen des GG und der NATO als Militärbündnis ist evident. Unter der Führung der USA und der Beteiligung der Bundesrepublik seit 1955 entwickelte sich die NATO vom Prinzip der Landesverteidigung im Bündnis zur westlichen Interventionsarmee (VPR 1992). Die Blutsur der USA als der unbestrittenen Führungsmacht des kapitalistischen Lagers führte in alle Bereiche der Welt, in denen ihre ökonomischen Interessen bedroht sind oder die nicht erwünscht sind (Korea, Iran, Guatemala, Kuba, Vietnam). Seit den welthistorischen Umbrüchen 1989-91 steht die Neuordnung der Welt auf der Tagesordnung: vom Ende des Kalten Krieges zur multipolaren Welt. Die Kriege in Jugoslawien, in Afghanistan und im Irak, im Jemen, in Afrika (Mali, Sudan), in Libyen, zuletzt in der Ukraine und in Gaza sind auf die globale Auseinandersetzung zwischen den USA und China gerichtet. Die Aufgabe der Friedensbewegungen in der Welt ist angesichts dieser brandgefährlichen Lage (Atomkrieg) klar: Rückkehr zum Völkerrecht, Waffenstillstände und Friedensverträge, kurz: die Stunde der Diplomatie. Die Auflösung der NATO und ein neues kollektives Sicherheitssystem in Europa und der Welt unter dem Schirm der UN ist das Ziel einer multipolaren Welt ohne Imperialismus.

Lühr Henken referierte über Militärstandorte und Rüstungsbetriebe in Norddeutschland:

Er begann mit Darlegungen zur geostrategischen Rolle der EU und Deutschlands, leitete von dort zur Aufrüstung der Bundeswehr und deren Kosten über und ging im dritten Teil seines Vortrags konkret auf die Militär- und Rüstungsstandorte in Norddeutschland ein. Er schätzte ein, dass die USA ihre Aufrüstung und Bündnispolitik auf einen möglichen Krieg mit dem Rivalen China ausrichten. Der Krieg in der Ukraine sei im Interesse der USA, weil er Chinas Verbündeten Russland schwäche. In der EU arbeiteten Deutschland und Frankreich mit gemeinsamen Rüstungsprojekten an der Stärkung der EU als Militärmacht, aber auch an ihrer jeweiligen eigenen Führungsrolle. Lühr stellte auch dar, wie und mit welchem Ziel die Bundeswehr ihre Strukturen umbaut: um sich auf eine sofortige Einsatzfähigkeit hochzurüsten. Für die Erlangung der geforderten Kriegstüchtigkeit Deutschlands müsse nach seinen Berechnungen in den kommenden Jahren mehr und mehr in den Bundeshaushalt eingegriffen werden, was vor allem zu Lasten der Sozialleistungen gehe. Der Kampf um Frieden und Abrüstung sei daher auch ein Kampf um den sozialen Frieden im Innern. Seine Ausführungen zur Präsenz der Teilstreitkräfte der Bundeswehr im Norden machten die besondere Rolle der norddeutschen Militär- und Rüstungsstandorte im Bundesmaßstab deutlich. Unter anderem war seinen Zahlen zu entnehmen, um wie viel die Ressourcen der NATO in der Ostsee und in ihrem Rahmen die der deutschen Marine die des russischen Gegners übersteigen.

In der ersten Gesprächsrunde ging es um die Häfen und die Friedensarbeit vor Ort.

Die Häfen an der Nord- und Ostsee sind für die Bundesrepublik zivil wie auch militärisch von einzigartiger Bedeutung. Sie ermöglichen Rüstungsexporte in alle Welt, den Kriegsschiffbau, die Kriegsmarine sowie das Anlanden ausländischer Streitkräfte mitsamt Ausrüstung bei Militärmanövern wie „Defender“ oder im Kriegsfall.

In Rostock befindet sich das Marinekommando, die höchste Führungsinstanz der deutschen Marine und im Spannungsfall NATO-Hauptquartier.

In Kiel ist die Einsatzflotte 1, das Minenlegegeschwader, das Unterstützungsgeschwader für küstennahe Operationen und der Einsatzstab zur Führung taktischer Verbände weltweit.

In Wilhelmshaven haben wir den größten Marinestandort mit der Einsatzflottille 2, den großen Überwasserkampfschiffen des 2. und 4. Fregattengeschwaders sowie das Trossgeschwader zur Versorgung. Über die Häfen Bremerhaven, Emden und Nordenham kommen die ausländischen Truppen, Kriegsgerät und Munition in die BRD. Sie stehen fast ausschließlich der US-Army zur Verfügung. Über die Häfen Bremen und Hamburg werden Rüstungsgüter in die ganze Welt verschifft. Alle Hafencities sind gleichzeitig Standorte der Rüstungsindustrie und der Werften für Wartung und Neubau.

In den Häfen ist die Friedensbewegung unterschiedlich stark, aber überall präsent. Wobei besonders die Friedensfreund*innen in den kleineren Orten Emden, Nordenham und Wilhelmshaven viel Unterstützung brauchen. Als Herausforderungen wurden u.a. gesehen: Die Lügen knacken (Militär bringe „Freiheit“, „Sicherheit“), Perspektiven schaffen, d.h. wofür protestieren wir und bessere Zusammenarbeit gestalten. Klar ist: Um konsequent zu wirken ist es gut, einen langen Atem zu haben!

In der zweiten Runde waren die Militärstandorte und Rüstungsindustrie sowie die Geschichte des Widerstands Thema.

Die Kreise Celle und Heidekreis sind die am stärksten militärisch belastete Region der BRD. Militärische Interessen werden hier politisch und medial enorm befördert.

In Unterlüß produziert Rheinmetall Panzer und Munition und hat ein riesiges Testgelände. Im 2. Weltkrieg wurden hier Zwangsarbeitende eingesetzt.

Zum größten Heeresstandort Munster gehören Heeresaufklärungs- und Panzertruppenschule, Wehrwissenschaftliches Institut für ABC-Schutz mit unterirdischen Laboren und die international genutzte Kampfmittelbeseitigungsanlage, zwei Übungsplätze und viele weitere militärische Einrichtungen. Das Panzermuseum ist gut besuchte Touristenattraktion, die Faszination für die Militärtechnik verbreitet.

Europas größter Truppenübungsplatz Bergen ist seit 1935 Kriegstrainingsplatz. Bis heute üben hier nicht nur NATO-Truppen in verschiedenen Disziplinen. Die Kasernen in Oerbke waren nach Abzug der British Army 2015 teils bis 2024 zentrale Flüchtlingsaufnahme. Jetzt sollen zwei neue Panzerbataillione hier einziehen. Auf dem TrÜbPlatz gibt es bewohnte Dörfer, die als „Gemeindefreie Bezirke“ keine kommunalen Rechte haben. Boden und Gebäude des TrÜbPlatz gehören der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, die häufig Häuser verkommen und abreißen lässt. Seit 1990 fordern verschiedene Initiativen die Zivilisierung des TrÜbPlatz, seit 2013 verlangen ver.di und DGB eine soziale, ökologische, nicht-militärische Wirtschaftsstruktur. Eine Initiative hat durchgerechnet, dass ein Biosphärengebiet zahlreiche neue Arbeitsplätze bringen würde und setzt sich dafür ein, das riesige Gelände in ein „Biosphären-Reservat Hohe Heidmark“ umzuwandeln.

Weitere Militäreinrichtungen sind die Fliegerhorste Faßberg und Celle-Wietzenbruch, das Munitionsdepot Walsrode-Beetenbrück u.a.m. Die Staatsfirma BW-Bekleidungs GmbH baut neu in Walsrode.

Im KZ Bergen-Belsen wurden 50.000 Menschen umgebracht, darüber hinaus hat die Wehrmacht in drei Lagern 50.000 Rotarmisten ermordet.

Aufgrund dieser Geschichte ist die Erinnerungsarbeit hier sehr zentral und die antifaschistische -, gewerkschafts- und Friedensarbeit gehen Hand in Hand.

Von der BI „Offene Heide“ wurde über die Übungsstadt Schnöggersburg, in der Soldaten den Häuserkampf üben können, und den Aktivitäten dagegen berichtet.

Der Fliegerhorst Wunstorf, Deutschlands größtes Drehkreuz für Truppen und Materialtransporte in Kriegs- und Krisengebiete, ist Standort des Geschwaders 62, mit einer unrühmlichen Geschichte in zwei Weltkriegen und heute auch Wartungsplatz des modernen Langstrecken-Transportfliegers A400M. Hier fand u.a. lebendiger Protest gegen „Defender 2023“ statt.

In Jagel in Schleswig – Holstein sind u.a. die Kampfdrohnen HeronTP (zukünftig Eurodrohnen) stationiert. Der Widerstand findet hier regelmäßig statt, u.a. die Ostermärsche.

Überall wurden die Schwierigkeiten offenbar, vor Ort Protestbewegungen zu entwickeln. Die Militärstandorte wurden in gering besiedelten Gebieten angelegt, wo das Militär der Haupt-Arbeitgeber ist. Soldaten sind für die örtliche Wirtschaft ein wichtiger Faktor: sie kaufen ein, sie beauftragen Handwerker, sie kaufen Häuser. Wo sie abgezogen werden, bleibt ein merkliches Loch. Hier müsste bewusste Wirtschaftsförderung eingesetzt werden, (wie auch von ver.di und DGB gefordert), damit die Bevölkerung auch in nicht-militärischen Bereichen gut bezahlte Arbeitsplätze finden kann.

Fazit

Die Konferenz hat bekräftigt: Mit konsequentem Wirken für Abrüsten und gegen die Kriegsvorbereitungen wollen wir uns mit den norddeutschen militärischen „Superlativen“ anlegen für eine umfassende soziale und zivile Wende. Aus der antifaschistischen Geschichte lernend, aktualisieren wir dabei das Grundgesetz als Friedensgesetz. Die 100 Mrd. „Sondervermögen Bundeswehr“ sollten sofort umgewidmet werden für Schulen und Universitäten, sozial- und Gesundheitsausgaben und kostenfreie Kulturangebote – als Start für konsequente Demilitarisierung. Friedensfähigkeit beginnt im Alltag. Wir wollen konsequent aufklären über die Militär- und Rüstungsgeschichte der norddeutschen Standorte, und auch über die Geschichte der Friedensbewegung, ihre Erfolge und ausstehenden Entwicklungsschritte. Mit der Erneuerung von Konversion wollen wir Perspektiven schaffen und insbesondere die herausfordernde Kontroverse mit Anwohnern und Beschäftigten von Rüstungsstandorten führen. Gegen die militärische und ideologisch Mobilmachung mit allerlei Feindbildern wollen wir besonders die Völkerverständigung mit Russland durch Städtepartnerschaften und Kulturveranstaltungen intensivieren. Den gewonnenen Überblick über die Militär- und Rüstungsstandorte im Norden und ihre Bedeutung wollen wir öffentlich zugänglich dokumentieren als Grundlage für bspw. einen „Rüstungsatlas“. Unsere weltweite Bedeutung wollen wir so in Zukunft bewusster wahrnehmen mit verbindlichem Zusammenwirken, Analyse- und Strategiebildung und gemeinsamen zentralen Aktivitäten an einzelnen norddeutschen Orten, wie z.B. in Rostock gegen das Defender-Manöver. Auch das Wirken in die bundesweite Friedensbewegung hinein wollen wir stärker koordinieren.



Wir rufen daher zur Beteiligung an den Aktivitäten der Friedensbewegung zur EU-Wahl auf und beteiligen uns daran mit unseren friedenspolitischen Grundsätzen u.a. am 8. Juni gegen den „Tag der Bundeswehr“ mindestens in Rostock und Hamburg: Gegen Krieg und Militarisation – Zeit für Abrüstung!

Alle Interessierten sind herzlich eingeladen, sich an den Aktionen und unseren regelmäßigen Treffen zu beteiligen!

Bremer Friedensforum • Bremerhavener Initiative „Mut zum Frieden“ • DFG-VK Kiel • Friedensaktion Lüneburger Heide • Friedensbündnis Lüneburg • Friedensbüro Hannover • Friedensinitiative FI Neustadt/Wunstorf • Gewerkschaftliche Initiative für Frieden und Militär- und Rüstungskonversion • Hamburger Initiative gegen Rüstungsexporte • Initiative Nordbremer Bürger gegen den Krieg • Kieler Friedensforum • LAG FIP der LINKEN Hamburg • LV der DFG-VK Niedersachsen-Bremen • Mahnwachen-Team im Friedensbündnis Osterholz-Scharmbeck • Rostocker Friedensbündnis • VVN – Bund der Antifaschisten BdA Lübeck-Lauenburg • ZAA - Zusammenarbeitsausschuss der Friedensbewegung in Schleswig-Holstein

Schreibt uns unter: norddeutsche-friedensbewegung@mail.de